

**RICHTLINIE
FÜR DIE GEWÄHRUNG VON
ÜBERBRÜCKUNGSFINANZIERUNGEN
IM RAHMEN DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE ERRICHTUNG
EINES FONDS FÜR EINE ÜBERBRÜCKUNGSFINANZIERUNG
FÜR SELBSTÄNDIGE KÜNSTLERINNEN UND KÜNSTLER**

Fassung vom 16.11.2020

Inhalt

1. Präambel.....	3
2. Rechtsgrundlagen.....	3
3. Ziele und Gegenstand der Beihilfe.....	3
4. Persönliche und sachliche Voraussetzungen der Beihilfenwerberinnen/ Beihilfekerber ...	3
5. Art und Ausmaß der Beihilfe	4
5.1. Art der Beihilfe	4
5.2. Ausmaß der Beihilfe	4
5.3. Lockdownkompensation	4
5.4. Geltungsdauer	5
6. Verfahren der Beihilfeabwicklung	5
6.1. Beihilfeantrag.....	5
6.2. Entscheidungsfindung.....	6
6.3. Zustandekommen des Vertrages	6
6.4. Auszahlungsmodus.....	7
6.5. Berichtlegung und Kontrollrechte	7
6.5.1. Mitwirkungspflichten.....	7
6.5.2. Mitteilungspflichten.....	7
6.5.3. Aufbewahrungs- und Auskunftspflicht	8
6.5.4. Rückforderung.....	8
7. Datenschutz und Veröffentlichung.....	8
8. Gerichtsstand.....	9
9. Inkrafttreten und Laufzeit.....	9

1. Präambel

Die vorliegende Richtlinie verfolgt das Ziel, Künstlerinnen und Künstlern, die durch die Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 besonders betroffen sind, eine Unterstützung zukommen zu lassen, da sie zu den Ersten gehört haben, die von diesen Maßnahmen betroffen waren, und die Einschränkungen ihre Verdienstmöglichkeiten besonders lange schmälern werden.

Selbständige Künstlerinnen und Künstler, die bei der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) versichert sind, können Zuschüsse aus dem mit € 90 Mio. dotierten Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung (für Künstlerinnen und Künstler) beantragen.

2. Rechtsgrundlagen

Rechtliche Grundlage dieser Richtlinie ist das Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler (BGBl I Nr. 64/2020). Ein dem Grunde oder der Höhe nach bestimmter subjektiver Rechtsanspruch auf Gewährung einer Überbrückungsfinanzierung oder ein Kontrahierungszwang wird nicht begründet.

3. Ziele und Gegenstand der Beihilfe

Aus den Mitteln der „Überbrückungsfinanzierung für Künstlerinnen und Künstler“ sind an Künstlerinnen und Künstler, die sich auf Grund des Ausbruchs von COVID-19 in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, Unterstützungsleistungen als privatwirtschaftliche Förderungen zur Abfederung von Einnahmenausfällen zu gewähren, damit diese in die Lage versetzt werden, ihre Tätigkeit weiterhin auszuüben.

4. Persönliche und sachliche Voraussetzungen der Beihilfenwerberinnen/Beihilfewerber

Antragsberechtigt sind Personen, die Kunst und Kultur schaffen, ausüben, vermitteln oder lehren und zum 13. März 2020 gemäß § 2 GSVG als Künstlerinnen und Künstler in der Sozialversicherung der Selbständigen pflichtversichert sind.

Ebenfalls antragsberechtigt sind Personen im Sinne des vorhergehenden Absatzes, die gemäß § 4 Abs. 1 Z 5 GSVG von der Sozialversicherung ausgenommen sind und gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 GSVG zum 13. März 2020 freiwillig in der Sozialversicherung versichert sind.

Hat am 13. März 2020 keine Versicherung aufgrund selbständiger künstlerischer Tätigkeit gemäß den vorstehenden Absätzen bestanden, kann eine Förderung auch gewährt werden, wenn spätestens am 13. Juni 2020 die Anmeldung zur

Pflichtversicherung oder freiwilligen Versicherung aufgrund selbstständiger künstlerischer Tätigkeit bei der Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen eingelangt ist.

Ebenfalls umfasst sind Personen, die im Jahr 2018 und/oder 2019 pflichtversichert waren und zum Stichtag 13. März 2020 künstlerisch tätig im Sinne dieser Richtlinie sind.

Natürliche Personen, die zum Antragszeitpunkt eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, sind nicht antragsberechtigt.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung sind überdies nachfolgende Punkte kumulativ zu erfüllen:

- a) Hauptwohnsitz in Österreich.
- b) Vorliegen einer durch COVID-19 verursachten wirtschaftlichen Notlage im Sinne eines Unvermögens, die laufenden Kosten (Lebenshaltungs- und Betriebskosten) zu decken oder eine Gefährdung der Weiterführung der künstlerischen Tätigkeit.

5. Art und Ausmaß der Beihilfe

5.1. Art der Beihilfe

Die Beihilfe besteht aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen.

5.2. Ausmaß der Beihilfe

Die maximale Beihilfenhöhe beträgt ab 07.10.2020 EUR 10.000,- für Antragstellerinnen/ Antragsteller, die die Beihilfevoraussetzungen dieser Richtlinie erfüllen. Sie wird in Form einer Einmalzahlung gewährt. Bereits positiv entschiedene und ausbezahlte Ansuchen werden auf Antrag bis zu dieser Summe aufgestockt.

Sofern Leistungen aus dem Härtefallfonds gemäß Härtefallfondsgesetz, BGBl. I Nr. 16/2020 bezogen und/oder zugesagt wurden, finden Anrechnungen im Rahmen des gegenständlichen Fonds statt. Derartige Leistungen bzw. Leistungszusagen sind im Zuge der Antragstellungen anzugeben und werden von der maximal möglichen Beihilfenhöhe vor Auszahlung in Abzug gebracht.

5.3. Lockdownkompensation

Zum Ausgleich von finanziellen Nachteilen, die den antragsberechtigten Personen gemäß Punkt 4. im Zusammenhang mit der COVID 19-Schutzmaßnahmenverordnung (BGBl. II Nr. 463/2020 idgF) entstehen, wird auf Antrag ein über Punkt 5.2 hinausgehender zusätzlicher, einmaliger Zuschuss in

Höhe von EUR 1.300,- für November 2020 gewährt. Eine Anrechnung von im Härtefallfonds gewährten Zuschüssen auf diesen Zuschuss findet nicht statt. Der Anspruch besteht nur, sofern kein Anspruch auf Umsatzerersatz iSd der Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Lockdown-Umsatzerersatzes durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (BGBl II 467/2020) besteht.

5.4. Geltungsdauer

Anträge sind vorbehaltlich einer budgetären Deckung bis längstens 31.12.2020 möglich.

6. Verfahren der Beihilfeabwicklung

6.1. Beihilfeantrag

Die Abwicklung der Förderung erfolgt über die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS).

Für die Beantragung der Unterstützungsleistung ist das Antragsformular der SVS zu verwenden und vollständig auszufüllen.

Durch Unterfertigung des jeweiligen Formblatts wird die Richtlinie, die Grundlage für die Entscheidung und auf der Website des Fonds veröffentlicht ist, in der jeweils aktuellen Fassung zum Zeitpunkt der Antragstellung anerkannt. Der Antrag hat jedenfalls folgende Daten zu enthalten:

- Namen, Adresse und Sozialversicherungsnummer der Antragstellerin/des Antragstellers
- Angabe zur selbständigen künstlerischen Tätigkeit
- Erklärung der durch COVID-19 verursachten wirtschaftlichen Notlage gemäß Pkt. 4 lit. b
- Höhe der bislang erhaltenen und/oder zugesagten Unterstützung aus dem Härtefallfonds
- Erklärung, dass der die Antragstellerin/Antragsteller zur Kenntnis nimmt, dass der ihr/ihm gewährte Zuschuss in der Transparenzdatenbank erfasst wird.
- Bankverbindung der Antragstellerin/des Antragstellers

Die Antragstellerin/der Antragsteller hat zu bestätigen, dass

- a) die Beihilfevoraussetzungen nach Punkt 4. dieser Richtlinie erfüllt sind,
- b) alle aus der Richtlinie geltenden Verpflichtungen übernommen werden und
- c) alle Angaben vollständig, richtig und nachweisbar sind.

Die Antragstellerin/der Antragsteller verpflichtet sich, alle tauglichen Dokumente zur Feststellung des Sachverhaltes auf Anforderung vorzulegen. Der Beihilfeantrag ist von der Antragstellerin/vom Antragsteller unter Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung zu bestätigen und zu unterfertigen. Soweit erforderlich ist die Identität der/des Unterfertigenden von dieser/diesem in geeigneter Weise nachzuweisen (z.B. Reisepass, Personalausweis, Führerschein oder Handy-Signatur). Die Antragstellerin/der Antragsteller nimmt zur Kenntnis, dass Falschangaben strafrechtliche Folgen nach sich ziehen.

6.2. Entscheidungsfindung

Beihilfeanträge werden hinsichtlich der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß dieser Richtlinie auf Vollständigkeit, Richtigkeit auf Basis der Angaben der Antragstellerinnen/ Antragsteller und Plausibilität geprüft.

Ist eine Person zu den in Pkt. 4 genannten Stichtagen künstlerisch tätig im Sinne von Pkt. 4, wird aber in der SVS nicht als Künstlerin/Künstler geführt, überprüft die SVS die Angaben der Antragstellerin/des Antragstellers und führt gegebenenfalls eine amtswegige Berichtigung durch. Die SVS kann zu diesem Zweck, Informationen oder Bestätigungen vom BMKÖS, dem Künstler-Sozialversicherungsfonds (KSVF) oder anderen hierfür in Betracht kommenden Stellen einholen.

Entscheidungen über Beihilfeanträge werden im Namen und auf Rechnung des Bundes getroffen.

6.3. Zustandekommen des Vertrages

Wenn dem Beihilfeantrag entsprochen wird, kommt der Vertrag mit Zustellung der schriftlichen Zusage an die Antragstellerin/den Antragsteller zustande. Entspricht die Zusage nicht dem Antrag, so entsteht der Vertrag entsprechend dem Inhalt der Beihilfezusage mit Einlangen der schriftlichen Zusage bei der Antragstellerin/dem Antragsteller.

Mündliche Abreden sind nicht wirksam, Änderungen oder Ergänzungen der Vereinbarung bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Die Richtlinie und Vertragsbedingungen sind durch Unterschrift ohne Vorbehalte oder Einschränkungen zu akzeptieren.

Alle Leistungen auf Basis dieser Richtlinie erfolgen aufgrund eines privatrechtlichen Rechtsgeschäfts.

Auf Leistungen besteht kein bei Gerichten oder Verwaltungsbehörden durchsetzbarer Rechtsanspruch.

Die Gewährung der Beihilfe erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel.

6.4. Auszahlungsmodus

Die einmalige Auszahlung erfolgt nach Abschluss der Beihilfezusage. Es müssen die in dieser Richtlinie festgelegten Voraussetzungen für die Beihilfegewährung vorliegen.

Die gewährten Beihilfen werden grundsätzlich unbar entsprechend der Zusage der SVS auf die im Formular angeführte Kontoverbindung ausbezahlt.

Eine Abtretung, Anweisung, Verpfändung oder eine sonstige Verfügung der Ansprüche aus der zugesagten Beihilfe ist nicht zulässig.

6.5. Berichtlegung und Kontrollrechte

6.5.1. Mitwirkungspflichten

Die Antragstellerin/Der Antragsteller hat zur Feststellung des maßgeblichen Sachverhaltes beizutragen und die hierfür erforderlichen Unterlagen auf Verlangen unter Setzung einer angemessenen Frist vorzulegen.

Unter anderem hat die Antragstellerin/der Antragsteller eidesstattlich zu erklären, dass sie/er sich in einer wirtschaftlichen Notlage befindet oder die Fortführung ihrer/seiner künstlerischen Tätigkeit gefährdet ist. Die SVS ist zur Sicherstellung der Vollständigkeit des Ansuchens und zur Kontrolle berechtigt, Nachweise einzufordern.

Sofern die Antragstellerin/der Antragsteller der Aufforderung, Unterlagen nachzureichen, innerhalb der vorgegebenen Frist nicht oder nur teilweise nachkommt, gilt das Ansuchen als zurückgezogen.

Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Abgabenbehörden, nachträgliche Überprüfungen von Zuschüssen nach diesen Richtlinien gemäß den nach den Bestimmungen des COVID-19-Förderungsprüfungsgesetzes (CFPG), BGBl. I Nr. 44/2020 in der Fassung BGBl. I Nr. 96/2020, durchzuführen.

6.5.2. Mitteilungspflichten

Die Antragstellerin/Der Antragsteller hat Änderungen der für die Entscheidung relevanten Verhältnisse unverzüglich und auf eigene Initiative dem Fonds schriftlich mitzuteilen.

6.5.3. Aufbewahrungs- und Auskunftspflicht

Die Beihilfenbezieherin/Der Beihilfenbezieher hat alle zur Überprüfung der Gewährung der Beihilfe notwendigen Aufzeichnungen zu führen und sieben Jahre, beginnend mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Vertrag zustande gekommen ist, aufzubewahren.

6.5.4. Rückforderung

Beihilfen sind bei Einhaltung der entsprechenden Vereinbarungen mit dem Fonds sowie der gegenständlichen Richtlinie nicht rückzahlbar.

Bereits ausbezahlte Beihilfen sind unverzüglich zurückzuzahlen, wenn sie aufgrund bewusst unrichtiger Angaben der Beihilfenwerberin/des Beihilfenwerbers gewährt wurden.

Sofern eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge enthaltende Mahnung bezüglich der Rückzahlung der Beihilfe erfolglos geblieben ist, ist für den dadurch entstandenen Verwaltungsaufwand zuzüglich zur Rückzahlung der gewährten Beihilfe ein Kostenersatz von 15 % dieser Beihilfe zu zahlen.

Die Beihilfe ist zurückzuzahlen, wenn vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert werden.

Die Beihilfe ist zurückzahlen, wenn von der Beihilfenempfängerin/vom Beihilfenempfänger das Abtretungs-, Anweisungs-, Verpfändungs- und sonstige Verfügungsverbot nicht eingehalten wurde.

Wenn im Jahr 2020 Einkünfte vor Steuern in Höhe der jährlichen Höchstbeitragsgrundlage erwirtschaftet werden, ist der Zuschuss durch die SVS zurückzufordern. Grundlage dafür ist der rechtskräftige Einkommensteuerbescheid der zuständigen Abgabenbehörde des Bundes, die der SVS für die Berechnung der Beitragsvorschreibung zu übermitteln ist.

7. Datenschutz und Veröffentlichung

Die Antragstellerin/Der Antragsteller stimmt der Verarbeitung und Verwendung ihrer/seiner personenbezogenen Daten durch die SVS zu, insbesondere der Weitergabe an andere öffentliche Stellen, die Unterstützung im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 gewähren, um eine Überprüfung der Voraussetzungen für die Unterstützung zu ermöglichen. Widerruft die Antragstellerin/der Antragsteller diese Zustimmung, hat sie/er die von der SVS geforderten Nachweise selbst zu erbringen. Tut sie/er dies nicht, ist die SVS berechtigt, die Unterstützung zurück zu fordern.

Die Antragstellerin/Der Antragsteller bestätigt mit dem Ansuchen auf Beihilfe im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DSGVO) sowie des durch das Datenschutz-Anpassungsgesetz novellierten Datenschutzgesetzes idgF ausdrücklich, dass soweit im Zusammenhang mit der Anbahnung, Abwicklung und Kontrolle der Beihilfe personenbezogene Daten Dritter, die die Antragstellerin/der Antragsteller hierzu heranzieht, erforderlich sind, von diesen zu dieser Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten die Einwilligung erteilt wurde.

Die Beihilfekerberin/Der Beihilfekerber ist sowohl im Beihilfeansuchen als auch im Beihilfevertrag zur Kenntnis zu bringen, dass die SVS als Verantwortliche berechtigt ist, Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen, dies jeweils ausschließlich für Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung des Beihilfevertrages und für Kontrollzwecke und soweit nicht für die Wahrnehmung sonstiger Aufgaben des Fonds.

8. Gerichtsstand

Für Rechtsstreitigkeiten aus dem Unterstützungsvertrag werden die für 1010 Wien sachlich in Betracht kommenden Gerichte als zuständig vereinbart. Es gilt ausschließlich österreichisches Recht.

9. Inkrafttreten und Laufzeit

Die vorliegende Richtlinie tritt mit 16.11.2020 in Kraft und gilt bis 31.12.2020. Die Übermittlung und Verarbeitung der Daten ist in dieser Zeit nur insofern zulässig, soweit sie zum Zweck der Prüfung der Richtigkeit der Angaben der Beihilfekerberin/des Beihilfekerbers im Rahmen gegenständlichen Beihilfenregimes verhältnismäßig und unbedingt notwendig ist. Beihilfeanträge können nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel bis spätestens 31.12.2020 gestellt werden.

Nach Ablauf dieses Zeitraums ist die vorliegende Richtlinie nur mehr auf Beihilfeverträge anzuwenden, die auf Basis dieser Rechtsgrundlage abgeschlossen wurden.